

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Allg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt

Bezugspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen vierteljährlich 34 Mark, monatlich 8 Mark. Anzeigenpreis: Die Spaltzeile ober deren Raum 1 M., die Reklamzeile 3.00 M. Mindestbetrag bei Nichterschienen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Vierzug. eines Auftrags 5 M. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsbezug ist der Rabatt hinfällig.

Nr. 24

Altensteig, Montag den 30. Januar

Sehrang 1922.

Der deutsche Reform- und Garantieplan.

Berlin, 29. Jan.

Der Wiederherstellungskommission wurde am Samstag die Antwort der deutschen Reichsregierung auf die in Cannes getroffene Entscheidung vom 13. Januar übergeben. Die Note lautet u. a. aus:

Die Sachverständigen der Verbündeten auf der Brüsseler Konferenz im Dezember 1920 erkannten an, daß die deutsche direkte Besteuerung keiner weiteren Steigerung mehr fähig ist. Gleichwohl wird durch die dem Reichstag vorliegenden Gesetzentwürfe — Vermögenssteuer, Vermögenswachstumssteuer, Kapitalsteuer, Verlebenssteuer, Körperschaftsteuer — die direkte Besteuerung erneut erhöht, so daß vielfach ein Eingriff in die Vermögenssubstanz nötig ist. Die Erhöhung der Umsatzsteuer von 1 1/2 v. H. auf 2 v. H. und der Kohlensteuer von 20 v. H. auf 40 v. H. belasten Produktion und Verbrauch im Voraus. Ebenso sollen wichtige Bölle und Verbrauchssteuern erhöht werden. Die Bölle sollen auf wirkliche Goldbasis erhoben werden. Die Gesamtbelastung des Verbrauchs ist der indirekten Besteuerung anderer Länder mindestens gleich. In der Anlage wird die deutsche Steuerbelastung mit 31 bzw. 23 v. H. gegenüber 14/15 bzw. 16 v. H. der französischen vom Einkommen angegeben.

Unter den scharfen Maßnahmen gegen die Inflation und Steuerflucht wird die Anhebung des Bankguthabens, die Überwachung des Wertpapierbesitzes bei den Banken durch die Steuerbehörden, besonders hervorgehoben. Die Tarife sind gegenüber der Vorkriegszeit wie folgt erhöht: Eisenbahnverkehrsabgabe 190, Güterverkehr 32, Post, Telegraphen 21, Zuschüsse für Lebensmittelverbilligung werden im Jahr 1922 nur noch eine Milliarde Papiermark gegenüber die bisher 2,5 Milliarden betragen. Der Preis wird demnach erneut um 75 v. H. erhöht. Statt der Erwerbslosenunterstützung wird eine Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeführt. Die außerordentlichen Ausgaben der Post und der Eisenbahn betragen nur ein Drittel v. H. des Anlagevermögens gegenüber 3 v. H. in der Vorkriegszeit. Der ordentliche Reichshaushalt weist mit 103,2 Milliarden Einnahmen und 86,7 Milliarden Ausgaben einen Ueberschuß von 16,5 Milliarden auf, die für die Kriegenschädigungen usw. zur Verfügung stehen. Zweckmäßigkeit der künftigen Schuld wird die Reichsregierung 1922 trotz des Mißerfolgs der Sparmaßnahmen 1919 erneut eine innere Anleihe versuchen. Ein Erfolg ist erst zu erwarten, wenn feststeht, daß die Bestimmungen des Vertrages von Versailles den Dienst nicht beeinträchtigen können. Unabhängig davon ist die im Steuerkompromiß vorgesehene Zwangsanleihe, die aber nur eine äußerste, nicht zu wiederholende Maßnahme darstellt, um die Entschädigungsleistungen für 1922 möglichst ohne Notensprelle zu tätigen zu können. Die Selbständigkeit der Reichsbank wird geistlich sichergestellt. Die Befugnis des Reichsfinanziers zu Eingriffen in die geschäftliche Leitung wird beseitigt. Die Wirtschafts- und Finanzstatistik wird in gleicher Weise wie vor dem Krieg veröffentlicht werden.

Das Reformprogramm gewährleistet die Deckung der inneren Zahlungsverpflichtung, jedoch nicht die gesunde Finanzierung der Entschädigungsleistungen, da die Reichseinnahmen nur Papiergeld bringen.

Die Note verweist auf die Ausführungen Rathenaus in Ca. es über die Gründe des Marksturzes und die Unmöglichkeit, trotz höherer Kräfteanstrengungen zurzeit die Entschädigungsleistungen auszubringen. Deutschland besitzt außer Kohlen nur noch wenig Rohstoffe. Die Produktivität der Landwirtschaft ist erheblich zurückgegangen. Der jährliche Einfuhrbedarf an unentbehrlichen Rohstoffen und Lebensmitteln beträgt je 2 1/2 Milliarden Goldmark. Die Einfuhr von 10 Milliarden Goldmark im Jahr 1913 ist auf rund 4 Milliarden, also unter Berücksichtigung allgemeiner Steigerung der Weltmarktpreise auf etwa ein Viertel gefallen. Die Zahlungsbilanz mit rund 2 Milliarden ist passiv. Jede erhebliche Devisenzahlung bringt eine neue Erschütterung des Markturzes, vermehrt die Notenausgabe und schwächt Deutschlands Fähigkeit zur Entschädigungszahlung immer mehr. Bei der wirtschaftlichen Betrachtung der Entschädigungsfrage ist daher das Ergebnis, daß es unbedingt erforderlich ist, Deutschland mindestens für 1922 von allen Leistungen in vor zu befreien.

Die deutsche Reichsregierung erkennt jedoch an, daß die schwersten Bedenken für die deutsche Wirtschaft und die Finanzen hinter den politischen Notwendigkeiten zurückzutreten sind. Sie verweist ausdrücklich auf

die ihr bekannten Bissern von 720 Millionen Goldmark Barzahlungen und 450 Millionen Goldmark Sachleistungen, die von den Verbündeten in Cannes in Erwägung gezogen sind. Sie bittet, die Barzahlungen, nötigenfalls unter Erhöhung der Sachleistungen, niedriger festzusetzen, schlägt aber ohne Rücksicht auf die Höhe der Festlegung auf Grund der Vorbereitungen in Cannes verschiedene Einzelheiten für die Durchführung der Lieferungen vor. U. a. sollen die Befehlsgelosten auf die Gesamtleistungen von 1922 verrechnet und sonstige Verpflichtungen in fremder Währung aus dem Friedensvertrag, insbesondere dem Warenrechnungsverkehr, ermäßigt werden. Deutschland gibt ferner erneut seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, mit allen verfügbaren Mitteln und Kräften an der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete mitzuwirken. Deutschland ist bereit, auch mit anderen Verbündeten Abkommen über Sachleistungen abzuschließen.

Der Schluß der Note weist auf die Erfahrung hin, daß monatlich oder vierteljährlich wiederkehrende Zahlungen fremder Währung die Leistungsfähigkeit Deutschlands empfindlich schädigen und eine völlige Ordnung der Finanzen verhindern. Eine wirkliche Zahlungsfähigkeit oder Finanzprognose inländischen und ausländischen Kredit zur Durchführung der Finanzoperationen großen Stils ist nicht denkbar.

Die Wiederherstellung des Vertrauens der Welt in Deutschlands Zahlungsfähigkeit ist die Vorbedingung für eine umfassende Durchführung der Reparationen. Die Reichsregierung ist daher der Auffassung, daß die Erhebung der Entschädigungen für 1922 nur ein erster Schritt auf dem Weg zur Lösung des Finanzproblems ist. Wird dieses nicht in Angriff genommen, so wird die Unmöglichkeit über die Leistungen im Jahr 1922 auch auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage der verbündeten Länder einen lähmenden Druck ausüben. Die deutsche Reichsregierung bittet die Wiederherstellungskommission, die Schlussfolgerungen besonders zu beachten, damit der Weg der Wiederherstellung des deutschen Kredit im In- und Ausland gefunden und eine große Anleihe und ein internationales Zusammenwirken möglichst gemacht werden könne.

Die russische Hungersnot.

Die Ost- und Südgouvernements Rußlands befinden sich in Hungersnot. Wie schrecklich sie ist, haben die furchtbaren Berichte gezeigt, die melden, daß Mütter die Leichen ihrer Kinder zu verzehren begonnen haben.

Nicht der Krieg ist die Ursache dieses ungeheuren Elends. Denn selbst während des Kriegs, der die weitaus größte Bevölkerung Rußlands von Ader fernhielt, war die Bewahrung und damit der Ertrag viel größer, als sie heute sind. Auch zeigt Deutschland, das schwerer unter dem Krieg gelitten hat, weil es die Absperrung durch die Hungerblockade erdulden mußte, daß Hungersnot keine notwendige Folge des Weltkriegs ist. Schuld an den russischen Verhältnissen trägt zunächst das politisch-wirtschaftliche System des Bolschewismus, das, mit dem Anspruch aufstrebend, die Menschheit von den Leiden einer schlechten Gesellschaftsform erlösen zu können, nichts zuwege gebracht hat als die Stöckung aller wirtschaftlichen Strömungen, die den staatlichen Organismus gesund erhalten. Die Lehrer des Bolschewismus befinden sich dem in Judungen liegenden Körper des Volks gegenüber. Das ist der Zustand, den sie angerichtet haben. Und wenn heute ein Mann wie Lenin einzufahren beginnt, daß er auf dem falschen Weg war und sich zu dem Wagnis gezwungen sieht, zu erklären, daß der Kapitalismus nicht entbehrlich sei, so wird doch niemand die unagbar große Schuld von den Bolschewistenführern abwägen können für das, was nun einmal geschehen ist.

Nur der äußerste Zwang hat die Sowjetverwaltung veranlassen können, von ihrem System der Ablehnung abzugehen, die inneren Verhältnisse Rußlands wenigstens teilweise zuzugeben und nach Mitteln zur Besserung zu suchen. Auf dem 9. Rätekongreß fand die Landwirtschaft im Vordergrund des Interesses. Den Hauptbericht über die Landwirtschaft hat Ossinski am dritten Tag des Kongresses erstattet. Er ist von beiderem Interesse, weil selbst aus dieser vorsichtigen Darstellung der Verhältnisse die Not des Landes hervorgeht.

Ossinski sagte: Trotz der Verbesserungen auf einigen Gebieten schreitet der allgemeine Niedergang der Landwirtschaft fort und wird sich weiter entwickeln, wenn wir nicht außerordentliche Maßnahmen ergreifen. Der Rückgang der Sommerfelder war 1920 katastrophal. Im Frühjahr 1922 wird an der Wolga

bloß ein Fünftel der Saatfläche von 1918 befrucht sein. Es genügt eben nicht nur, die Saaten hinzuschaffen, sondern sie müssen auch ausgeät werden.

In bezug auf die Formen der Landnutzung, d. h. des Besitzes, erklärte Ossinski, daß die Sowjetregierung der Bauernschaft hierin volle Freiheit gebe. Denn sie will, daß weder das Eigengut, das der Zarismus begünstigte, noch der Gemeinbesitz volle Einwirkung der Landwirtschaft gewährleiste. Es können also ganze Dörfer und ebenso einzeln Mitglieder des Dorfs die Form der Landnutzung wählen, die ihnen gefällt. Ebenso solle die Landpacht, aber nicht länger als auf sechs Jahre bei alljährlicher Erneuerung des Pachtvertrags, gestattet werden. Es soll aber dem Bauern nur die Pacht eines solchen Landes gestattet werden, das nicht größer ist als die Hälfte seines Anrils. Auch die Zulassung von gemieteten Arbeitskräften sei unter bestimmten Bedingungen zu gewähren. Ferner befürwortete Ossinski Restitutionsrechte, Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen und von Kunstböden, Abschaffung einiger Natursteuern, landwirtschaftliche Unterweisung und Einführung von Getreidearten, die der Dürre widerstehen, wie Mais. Wie man sieht, sind es — neben den letztgenannten praktischen Maßnahmen — Schritte zurück zum Kapitalismus und zur Anerkennung des bäuerlichen Landigentums, die Ossinski in seinem Bericht vorschlug.

Das erschütternde Urteil über den Stand der russischen Wirtschaft wird durch den Bericht des Vertreters des Saratower Gouvernements, Anisko, noch vertieft. Nach seinen Angaben ist die Saatfläche von Südoßrußland um 90 Prozent zurückgegangen! Die diesem Gebiet zugeleiteten Saaten betragen 38 bis 40 Prozent der Saatmenge von 1918. Der Viehbestand ist fast zurückgegangen. In den deutschen Kolonien war der Viehbestand zum 1. August 1921 um die Hälfte gesunken; seit dem 1. August sind die Viehbestände weiter nochmals um die Hälfte dahingeshwunden. Es gibt viele Kolonisten ohne ein einziges Pferd. Im Saratower Gouvernment sind über 1 1/2 Millionen Hektar unbesät. Dieses Gouvernment mit seiner Bevölkerung von 3,5 Millionen wird aus einem kornausführenden zu einem kornzuführenden Gebiet. Dasselbe gilt vom ganzen Wolgagebiet. Auch dieser Redner rief zu heftigen Maßnahmen auf, um den Verfall von Südoßrußland aufzuhalten.

Die Hilfsrufe Rußlands sind verhallt, die Versuche, dem zusammengebrochenen Land von außen finanzielle Hilfe zu bringen, am Widerstand Frankreichs gescheitert. Hier ist der Punkt, wo die Schuld des Bolschewismus an die Schuld des herrschsüchtigen Frankreichs grenzt.

Neues vom Tage.

Entlassungen bei der Eisenbahn.

Berlin, 29. Jan. Nach dem „Lokal-Anz.“ hat das Reichsverkehrsministerium eine Verfügung herausgegeben, monach im Bereich der Reichseisenbahnen bis 31. März 1922 20 000 Arbeiter entlassen sein müssen. Hiervon treffen auf Breußen-Deffen 15 000, auf Bayern 1800, auf Sachsen 1400, auf Württemberg 600 usw. Von den 20 000 Entlassungen fallen 5000 auf die Werkstätten. Hierbei sollen die Beurlaubten, die am 1. April ausgetreten haben mitgezählt werden. In Betracht kommen insgesamt etwa 30 000 Dienststellen, auf die sich die Entlassungen verteilen. Die Maßnahme ist ein erster Schritt zur Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der Eisenbahnen.

Zus. Hiffwert von Industrie und Landwirtschaft hinfällig.

Berlin, 29. Jan. Der „Lokal-Anschau“ wird mitgeteilt, daß durch die vom Reichstag angenommene Zwangsanleihe das Kreditangebot der deutschen Industrie hinfällig geworden sei. Die maßgebenden Kreise des Reichsverbands der deutschen Industrie seien der Auffassung, daß durch die Zwangsanleihe die Industrie so angespannt werde, daß sie überhaupt kein eigenes Angebot mehr aufrecht erhalten könne. Auch die deutsche Landwirtschaft habe beschloffen, keine freiwilligen Leistungen an das Reich mehr zu machen, da durch die neuen Steuern und die Zwangsanleihe die Landwirtschaft sich kaum noch wirtschaftlich lebensfähig erhalten lasse.

Erweiterung der Koalition.

Berlin, 29. Jan. Der Vorsitzende der demokratischen Reichstagsfraktion hat den Antrag gestellt, die Prä-

tion bei den Fraktionsitzungen der Koalitionsparteien (Zentrum und Sozialdemokratie) wieder als vollberechtigt zugelassen. Damit ist die Demokratie der Koalition wieder beigegeben.

Anleihe für Oesterreich.

Berlin, 29. Jan. Es befindet sich, daß die englische Regierung Oesterreich eine Anleihe von 2½ Millionen Pfund Sterling bewilligt hat.

Ungeheuerkreis in Bayern?

München, 29. Jan. Zur Zeit finden in den Betrieben der bayerischen Metallindustrie Geheimabstimmungen unter den Angestellten über einen Streik statt.

Übermäßige Bierpreissteigerung?

München, 29. Jan. Obwohl in Bayern erst in den letzten Tagen eine erhebliche Bierpreissteigerung eingetreten ist, teilt jetzt das Organ der bayerischen Gewerkschaften mit, daß eine weitere Erhöhung des Bierpreises zum 1. April unumgänglich sei.

Die Franzosen benötigen deutsche Eisenbahnen.

Saarbrücken, 29. Jan. Wie die Saarblätter melden, werden Kohlenlieferungen aus Lothringen seit einiger Zeit infolge der hohen französischen Frachtkosten nach der Schweiz von den französischen Behörden nicht mehr durch Eläß-Verbindungen, sondern durch das Saarland, die Pfalz und Süddeutschland nach ihren schweizerischen Bestimmungsorten geleitet. Die schweizerischen Bundesbahnen und andere Empfänger der Kohlen haben diesen Umweg vorgezogen, weil der Verbraucher dadurch an einem Eisenbahnwagen Kohlen etwa 40 Schweizer Franken an Transportkosten sparen kann. Auch Frachten aus Belgien nach der Schweiz werden kaum mehr über die eläß-lothringischen Bahnen geleitet.

Die eläß-lothringischen Bahnen.

Strasbourg, 29. Jan. Der Gutachter-Rat hat den Uebergang der eläß-lothringischen Staatsbahnen an die französische Privat-Eisenbahn-Gesellschaft mit 15 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

England „sehr nachgiebig“.

London, 29. Jan. Lord Curzon ist aus Paris nach London zurückgekehrt. Es fand sogleich ein Ministerrat statt. Wie verlautet, war die englische Haltung in allen Streitfragen sehr nachgiebig, außer in dem Punkt des Flottenabkommens. „Daily Mail“ meldet, Frankreich wüßte eine „Entente“ nach dem Muster von 1912. Die Einbeziehung Polens in den Sicherheitsvertrag sei aber fallen gelassen worden.

Reichstag.

Aussprache zur Erklärung des Reichskanzlers.

Berlin, 27. Jan.

Abg. Dreifisch (Unabh.): Wir treiben nicht eine Politik im Interesse der französischen Regierung. Als wir zur Unterschrift des Friedensvertrags gezwungen wurden, da mußten wir unterschreiben, um wenigstens Zeit zu gewinnen. Es ist gut, daß sich der Reichskanzler nicht auf eine Auseinandersetzung mit Poincaré über die Schuld am Krieg eingelassen hat. Die Millionen von Arbeitslosen in England und Amerika haben den Nachweis erbracht, daß es so nicht weitergehen kann. Wir fordern Arbeitervertreter für Genua. Der Redner erklärte, seine Partei könne dem Steuerabgleich nicht zustimmen. Das Kabinett Wirth hat eine Schwächung nach rechts gemacht. In der neuen Ehe zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei wird den Sozialdemokraten bald die Rechnung überreicht werden.

Abg. Veder-Hessen (D.Vp.) erklärt, er habe von seiner bisherigen Kritik an der Regierung nichts zurückzunehmen. Der Steuerabgleich hat mit irgendwelchen Einflüssen auf die sonstige Politik des Kabinetts nichts zu tun. Nur so ist die Mitarbeit der Volkspartei zu verstehen. Wir haben aber die Zurückweisung fran-

zösischer Angriffe vermigt. Es würde nichts schaden, wenn die Regierung ein wenig mehr Kriegsschuldpropaganda treibe, namentlich gegen Herrn Poincaré. Der Ausgleich war notwendig. Die neuen Steuern, vor allem aber die Zwangsanleihe, bedeutet eine schwere Last für die deutsche Wirtschaft. Wir haben deshalb unsere Zustimmung an die Bedingung geknüpft, daß uns persönliche und sachliche Gewähr für die richtige Verwendung der Reichseinnahmen und für eine Gesundung der Reichswirtschaft, insbesondere der Betriebsverwaltungen gegeben wird. Bei der Beratung der Steuergeetze, sowie des Gesetzes über die Zwangsanleihe werden wir nur dann für diese Verabschiedung eintreten, wenn uns bis dahin ausreichende Gewähr für die Schaffung geeigneter Sicherheiten gegeben sein wird.

Abg. Dr. Betensen (Dem.) erklärt sich zur Unterstützung der Regierung bereit. Besondere Sicherheiten verlange seine Partei nicht. Die einseitigen Noten und Befehle von Versailles, Spa und London haben nicht zum Vertrauen und Frieden in der Welt geführt. Es ist lächerlich, zu behaupten, daß der Ausgleich dem Besitz keine Kosten auferlege. Gegen die Beamten, die zum Streik hiefen, muß rücksichtslos vorgegangen werden. Wir wollen keine Diktatur des Proletariats.

Abg. Leicht (Bayer. Volksp.) hält eine europäische Katastrophe für unabwendbar, wenn nicht in letzter Stunde die Völker sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. Der Ausgleich ist kein Ideal. Er legt allen seine Opfer auf.

Abg. Dr. Lewi (K.Arb.G.) fordert ein rücksichtsloses und aufrichtiges Einberufen mit Sowjetrußland.

Abg. Könen (Komm.) wendet sich gegen das Steuerkompromiß, das er einen Willkürraub nennt. Mit solch schwächlicher Politik wolle man nach Genua gehen.

Abg. Bergt (D.nat.) gibt namens seiner Fraktion eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die Reichsregierung hat endlich den Entschluß gefaßt, auch ihrerseits die wirtschaftliche und finanzielle Unmöglichkeit der Erfüllung der uns auferlegten Kontributionslasten anzuerkennen. Um die Regierung hierzu zu bringen, bedurfte es offenbar erst des Drucks des durch die Politik der Erfüllung herbeigeführten Zusammenbruchs der deutschen Wära, des katastrophalen Anschwellens der Teuerung und des völligen Versagens aller Wege, die uns weiterhin durch das Londoner Minimum auferlegten Lasten mit irgendwelchen Mitteln zu erfüllen. In der Zwangsanleihe erblicken wir die schwerwiegende Gefahr des Beginns einer Zwangsverstaatlichung gegen das nationale Produktionsvermögen und Privateigentum des deutschen Volks. Wir mißbilligen die von der Reichsregierung geführte Politik der Reichsregierung und lehnen jede Mitverantwortung für ihre Folgen ab.

Präsident Ebert verliest folgendes Mißtrauensvotum der kommunistischen Partei: „Der Reichstag wolle beschließen: Die Erklärung der Reichsregierung entspricht nicht den Anschauungen des Reichstags.“

Das Mißtrauensvotum wird gegen die 16 Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Die Deutschnationalen hatten den Saal vor der Abstimmung verlassen.

Berlin, 28. Jan.

Der Wagenmangel der Eisenbahn.

(162. Sitzung.) Es sind nur 25 Abgeordnete (von 469) anwesend.

Auf der Tagesordnung stand die Fortsetzung der Aussprache über die deutschnationale Interpellation bezüglich des Wagenmangels bei der Reichseisenbahn. 4 Redner wurden aufgeführt, aber keiner war anwesend. Abg. Peyer (Unabh.) brachte allerlei Klagen aus Weiskalen vor. Er behauptete, daß das Großkapital absichtlich die Reichseisenbahn in Mißkredit bringen wolle, um den Uebergang zur Privatwirtschaft herbeiführen zu können.

Abg. Dr. Goeß (Dem.) wünschte im Reichsverkehrsministerium einen frischeren Zug.

Reichsverkehrsminister Gröner kam auf den wilden Streik in Dresden zu sprechen. Er stellte dabei unter lebhaften Hör-Hör-Rufen der Anwesenden fest, daß der Dresdener Präsident die Vertiefung des Reichsverkehrsministeriums gegen die Streikenden eigenmächtig gemildert habe. Auch die Frist zur Wiederaufnahme der Arbeit hatte er selbständig verlängert.

Nach einem Schlußwort des deutschnationalen Abg. Schröder-Vignly, der feststellte, daß viele Wagen wochenlang unbenutzt liegen, war die Interpellation erledigt.

Angenommen wurde ein Antrag des Beamtenausschusses, den Entschleunigungen des Reichstags betreffend Aufstellung von Grundfragen über die künftigen Laufbahnen der Beamten aller Reichsverwaltungen und der Länder schleunigst Folge zu leisten; ebenfalls angenommen wurde ein Antrag des Ausschusses für Bildungswesen, mit den Ländern über die Pflege der Sprache der Nachbarländer in den höheren Schulen und besonders über die Pflege der spanischen Sprache zu verhandeln.

Aus Stadt und Land.

Abm. 20. Januar 1923

* Verlegt wurde der Regierungsbeirat Schelle in Klosterreichenbach zur Eisenbahn-Generaldirektion Schwern (Meck.).

Übertragen wurde dem Hauptlehrer Reukle in Gohausen eine Lehrstelle in Althof O.R. Böblingen.

— 8000 Pferde sind nach einer Meldung des Pariser Blatts „Temps“ in den Monaten März und April an Frankreich abzuliefern.

— Welcher Betrag unterliegt der Lohnpfindung? Die Verordnung über Lohnpfindung vom 25. Juni 1919 in der Fassung des Gesetzes vom 10. August 1920 ist durch Gesetz vom 23. Dezember 1921 mit Wirkung ab 1. Januar 1922 wiederum geändert worden. Zunächst (ab 1. Januar 1922) ist der Arbeits- oder Dienstlohn bis zur Summe von 12 000 M. für das Jahr und, soweit er diese Summe übersteigt, zu einem Drittel des Mehrbetrags der Pfindung nicht unterworfen. Hat der Schuldner einem Verwandten (Ehegatte, eheliches oder uneheliches Kind, Eltern usw.) Unterhalt zu gewähren, so erhöht sich der unpfändbare Teil des Mehrbetrags für jede unterhaltsberechtigter Person um ein Sechstel, höchstens aber auf zwei Drittel des Mehrbetrags. Uebersteigt der Jahreslohn die Summe von 50 000 M., so sind nur 12 000 M. pfändbar.

Pensionen von Witwen, Waisen usw. Dienst- einkommen der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Wehrmacht sind bis zu 12 000 M. pfändbar und nur der dritte Teil des Mehrbetrags ist der Pfindung unterworfen. Auch die Beihilfen und Zulagen, die zur Umbassung des Dienstlohnens oder der Pensionen an die Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse gewährt werden, sind der Pfindung nicht unterworfen. Das gleiche gilt für Kinderzulagen, sowie Dienstauswahndienstschädigungen.

— Neue Freimarken zu 1, 2 und 4 M. Die Freimarken in Rollenform zu 1 M. (Bergarbeiter) und zu 2 M., sowie Freimarken in Bogenform zu 4 M. mit dem neuen Wasserzeichen werden jetzt zum Verkauf kommen.

— Warnung vor dem Rechtsstudium. Der Zubrang zum Rechtsstudium hat einen geradezu bedrückenden Umfang angenommen. Aus diesem Grund wird von amtlicher Seite von dem Rechtsstudium abgeraten.

— Hilfe für Altrentner. Beim Reichstag sind mehrere Anträge eingegangen, die dahin gehen, die über 65 Jahre alten Ruhegehaltsempfänger von allen Steuern zu befreien.

„Das ist unmöglich! Schon aus rein arztlichen Gründen ist es ganz unmöglich. Warum also sollte ich dir auf eine so zwecklose Frage Antwort geben?“

Gerhard Holtzhausen ergriff seinen Arm, um ihn näher zu sich heranzuziehen. Und dann, nachdem er einen scheuen Blick auf die Tür geworfen hatte, küßte er ihm ins Ohr:

„Es ist, wie ich sagte! Unter dem Vorgeben, ihm ein stimulierendes Medikament einzuführen, habe ich Jens Jensen vergiftet!“

„Ah, welche unsinnige Einbildung, Gerhard! Wenn ich dir bis hierher Glauben geschenkt habe — auf diesem Wege kann und darf ich dir nicht mehr folgen!“

„Aber du sollst mich hören! Und du sollst mir glauben! Du mußt vergessen, was die da draußen dir über mich gesagt haben — mußt vergessen, daß man dich darauf vorbereitet hat, mit einem Verurteilten zu reden! Denn ich bin gar nicht verrückt. Wenn ich es jemals war, in diesem Augenblick bin ich es jedenfalls nicht. Und ich fordere es als einen Beweis deiner Freundschaft, daß du dich davon überzeugen läßt. Wie könntest du Luisa gegen die Verdächtigungen ihrer Feinde verteidigen, wenn alles, was ich dir jetzt sage, in deinen Augen nur das Hirngespinnst eines Wahnsinnigen wäre? Sage mir, daß du an die Klarheit meines Verstandes glaubst! Sonst hätte ich vergebens meine Hoffnung auf dich gesetzt, und ich müßte meine letzten Kräfte aufwenden, um es laut in alle Welt hinauszuschreien, daß ich ein Verrückter, daß ich ein fluchwürdiger Geistlicher gewesen bin!“

Im Ton einer flehentlichen Bitte hatte er begonnen; aber mit jedem Wort hatte sich seine Erregung gesteigert, und gegen den Schluß seiner Rede war es wie ein konvulsives Zittern durch seinen Körper, abgebrochen Körper gegangen. Seine Gesichtszüge hatten einen Ausdruck verzweifelter Angst angenommen, und jetzt meinte Roded auf dem Grunde seiner Augen auch jenes unheimlich drohende Glänzen wahrzunehmen, das zu sehen er gefürchtet hatte, als er hierherkam. Eine atemraubende Beklemmung legte sich auf seine Brust. Er seufzte sich danach, daß jetzt Inge oder der Arzt eintreten möchte, um ihn von der Pein dieses Alleinseins mit dem Kranken zu befreien und von der Qual der Verantwortung für sein Verhalten gegen ihn.

Fortsetzung folgt.

Leserbrief.

Kommt dir ein Schmerz, so halte still
Und frage, was er von dir will,
Die ew'ge Liebe schickt dir keinen
Bloß darum, daß du mögest weinen.

Im Kampf um Liebe.

Roman von Rudolf Zollinger.

(63)

(Nachdruck verboten.)

„Aber du keinen ernstlichen Versuch gemacht hast, ihn zu retten? Das ist es doch wohl, was du sagen willst — nicht wahr?“

Etwas mißtraulich Bauernendes war mit einem Male in den Blick des Kranken gekommen, und etwas Hinterhältiges in den Klang seiner Stimme, da er statt der Festigung zurückfragte:

„Es war Inge, die dir das erzählte? Sie oder der Doktor Rieger? Und sie haben hinzugefügt, daß du es nicht ernst nehmen dürftest, weil ich nicht mehr bei klarem Verstande sei?“

„Deine Schwester hat mir gesagt, daß du dich mit grundlosen Selbstvorwürfen plagst. Und sie hatte damit doch wohl so unrecht nicht. Ich will dir ja glauben, daß du damals den Tod meines Onkels herbeiwünschtest, weil —“

„Ich habe ihn nicht nur herbeigewünscht, sondern ich habe ihn herbeigeführt!“ unterbrach ihn Holtzhausen mit einer Schärfe und Bestimmtheit, die in auffallendem Gegensatz stand zu seiner bisherigen rubig-müden Art. „Ganz buchstäblich genommen, Roded. Ich habe diesen Mann ermordet! Kaltblütig und mit dem vollen Bewußtsein dessen, was ich tat. Jeder andere Arzt, den man zu ihm gerufen hätte, würde ihn ohne Mühe zu sich

gebracht und ihn wahrscheinlich in kürzester Zeit wiederhergestellt haben. Ich aber wollte nicht, daß er lebte, und darum habe ich die günstige Gelegenheit benützt, um ihn zu töten.“

Es war etwas Eigenartliches in der Art, wie er diese Ankündigung gegen sich selbst erhob. Nichts von leidenschaftlicher Erregung und nichts von Reue, sondern in jedem Wort die gelassene Bestimmtheit eines Menschen, der sehr lange und sehr bedächtig mit sich zu Rate gegangen ist, ehe er eine wichtige Erklärung abgibt. Wenn dies Wahnsinn war, so hatte Roded bis zu diesem Augenblick jedenfalls eine sehr irrtümliche Vorstellung von den Weisungen des Wahnsinns gehabt. Hatte er nicht gewünscht, an welchem Orte er sich befand, und wäre er nicht alles dessen eingedenk gewesen, was er von dem Arzt und von Inge Holtzhausen gehört hatte, er hätte nicht für einen einzigen Moment an die Möglichkeit gedacht, daß es ein Geisteskranker sein könnte, der so zu ihm sprach. Weil er nun aber wußte, daß er einen armen, todkranken Bahnhütigen vor sich hatte, darum glaubte er, daß es wohl das Beste und das Barumbestigte sein möchte, ohne jedes erbeugte Anzeichen des Erstaunens oder des Entsetzens auf seine irren Einbildungen einzugehen.

„Nun wohl!“ sagte er, „an dem, was einmal geschehen ist, läßt sich ja nichts mehr ändern. Weil du Luisa Wagner liebtest, und weil du sie vor dem traurigen Schicksal bewahren wolltest, ihr junges Leben an der Seite eines brutalen Wüßlings zu vertrauen, darum daß du in der Erregung des Augenblicks gefühllos unerschaffen, was du als Arzt hättest tun müssen. Und vor deinem eigenen Gewissen mag das als gleichbedeutend mit der Tötung eines Menschen erscheinen. Uns anderen aber wirst du freilich gestatten müssen, etwas milder darüber zu urteilen!“

„Du verdammt mich also nicht? Du wendest dich nicht mit Abscheu hinweg von einem Menschen, der das getan?“

„Nein, Gerhard! Bei meinem Leben und bei allem, was mir heilig ist, schwöre ich, daß ich dich nicht verdamme!“

„Und wenn du mich nun doch noch nicht recht verstanden hättest — wenn es sich nicht bloß um eine verkehrte Unterlassung gehandelt hätte, sondern um eine verbrecherische Tat?“

Vom Württ. Kriegerbund. Der Württ. Kriegerbund verwilligte im Jahr 1921 auf 3876 Gesuche folgende Unterstützungen: Aus der allgemeinen Bundeskasse 89 670 M., der Witwen- und Waisenkasse 31 635 M., der Kriegsnachwuchs 7700 M., der Wollwirth-Spende 3350 M., der König Karl-Stiftung 470 M., der Prinz-Beimar-Stiftung 1040 M., dem König Wilhelm-Trost 12 050 M., zusammen 146 815 M.

Regold, 29. Jan. Der Jährl. Turntag des Regoldturngans fand heute hier im Gasthaus zur „Traube“ statt. Eröffnet durch den Bauvorstand H. Bern. Aktuar Staudenmaier, Calw folgten die Berichte des Bauamtes, aus denen zu entnehmen ist, daß das turnerische Leben in dem Gau frisch eingelebt hat und zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. In den Gau aufgenommen wurden die Vereine Stammheim und Schönbach. An Veranlassungen sind für 1922 vorgesehen: Am 7. Mai Gewandwanderung nach Schönbach, verbunden mit Waldläufen. Die Ausschreibungskämpfe für Spiele finden an einem noch zu bestimmenden Tag statt. In Nördorf O.A. Regold für den Bezirk Regold. In Liebenzell für den Bezirk Calw. In Horb für den Bezirk Horb. Die Austragung der Gauweitschaft findet in Regold statt. Das Kreisturnfest in Schlingen, die große Weitschau der schwäbischen Turnerschaft, soll möglichst zahlreich besucht werden. Eine Gauwanderung nach Stammheim am 27. August verbunden mit Weitschritten in vollstänl. Uebungen beschließt den Reigen der Veranstaltungen. Um das noch im Entschieden begiffene Frauturnieren mehr zu fördern, wird der Posten eines Gaufrauturnierwarts neu geschaffen und H. Schnaufer, Liebenzell hierfür gewählt. Als Stellvertreter wird H. Jahn, Calw bestimmt. An Stelle des eine Wiederwahl ablehnenden H. Stroh, Calw wird H. Walz, Regold und als Stellvertreter H. Böhler, Wildberg gewählt. Neu in den Gauweitschaft wurden die Herren Jola, Liebenzell und Kreidler, Horb gewählt. Der Gaubeitrag mußte den veränderten Verhältnissen entsprechend wesentlich erhöht werden. Nach Entledigung verschiedener rein turnerischer Angelegenheiten schloß der Vorsitzende mit Worten des Dankes an die Gauamten und Turner die schön verlaufene Tagung.

Halsgrabenweiler, 30. Jan. Unter den hiesigen Schulkindern haben die Erkankungen an Grippe etc. so sehr überhand genommen, daß die Klassen auf acht Tage geschlossen worden sind.

Stuttgart, 29. Jan. (Kleine Anfrage.) Frau Wg. Klop (Bürgerp.) hat im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: Die Auswanderung von württ. Hausgehilfinnen nach Holland nimmt in den letzten Wochen einen immer größeren Umfang an. Daß das Staatsministerium hiervon Kenntnis? Angesichts des ohnehin schon außerordentlich großen Mangels an Hausgehilfinnen bedeutet diese neue Auswanderung eine weitere Erschwerung für die Hausfrauen, tüchtige Hilfskräfte zu bekommen. Geben das Staatsministerium, dagegen einzuschreiten und mit welchen Maßnahmen?

Stuttgart, 29. Jan. (Reichszuschüsse.) In dem neuen Reichshaushaltsplan für 1922 sind u. a. ausgeworfen als Beitrag für die Einrichtung der technischen Prüfungs- und Lehranstalt, sowie der Lehranstalten für Volkswirtschaften in Karlsruhe und Stuttgart 3,2 Millionen Mark, für die Erweiterung des Hauptpostamts in Heilbronn 700 000 M., als Beitrag zu den laufenden Betriebskosten der Postämter in Friedrichshafen für die Errichtung der oberen Luftschichten 66 100 M., für die Messe in Frankfurt 1 Million, für die in Köln 625 000 M. und für den Handelshof in Stuttgart 250 000 M.

Stuttgart, 29. Jan. (Landw. Ausstellung.) Die vom Landw. Hauptverband Württemberg und Hohenzollern anlässlich der landw. Woche vom 4. bis 8. Februar geplante Ausstellung in voller Ausdehnung in der Gewerbehalle sind die großen Maschinen, Motorpflüge etc. aufgestellt. In der Gewerbehalle selbst ist mit einem Kostenaufwand von rund 300 000 M. ein Ausstellungsraum geschaffen, der jede bisherige landw. Ausstellung Stuttgarts in Schatten stellt. Der Eingang der Halle ist besonders wirkungsvoll durch den großen Ausstellungsraum der Trachsbauwerke umgeben mit einer Spinnstube. Die landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine führen im ersten Stock in verschiedenen, besonders heimeligen Kisten und in einem Café die Landwirtsfrauen in ihre Reich ein. Verschälgelt auf den staatlichen Platten. Das Verschälgelt auf den staatlichen Verschälplatten ist auf 250 M. für jede Stufe festgesetzt worden; daneben ist 1/2 Zentner Haier für jede Stufe von dem Besitzer kostenfrei an die Verschälplatte abzuliefern.

Stuttgart, 29. Jan. (Statistik des lath. Schulwesens.) Im Jahre 1921 wurden 126 katholische Lehrstellen besetzt. Das Durchschnittsalter der ehemals ständig angestellten Lehrpersonen betrug 28 Jahre. In den Ruhestand traten 19 Lehrer, durchschnittlich 63 Jahre alt. 12 Stellen wurden mit Postulanten besetzt. Am 1. Januar 1922 waren 22 ständig angestellte Stellen unbesetzt.

Stuttgart, 29. Jan. (Gehaltsbewegung.) Am 7. Januar haben die Industrieangestellten Württembergs Forderungen auf Erhöhung ihrer Gehaltsbezüge eingereicht. Die Arbeitgeber lehnten eine Zulage für den Januar ab, da eine Steigerung der Lebenshaltungskosten im letzten Monat nicht zu verzeichnen sei. Nunmehr wird von den Angestellten der Schlichtungsausschuß angerufen.

Das Schloßgarten-Hotel. Der Gemeinderat genehmigte für das auf dem Markstallgebäude zu erbauende Hotel die achtschöckige Bauweise mit 29 Meter Höhe. Durch den Abbruch des Markstalls gehen 10 Wohnungen verloren, wofür die Schloßgarten-A.G. der Stadtverwaltung 630 000 M., ferner jedem Wohnungsinhaber die Umzugskosten und für jedes bewohnte Zimmer eine Entschädigung von 100 M. gewährt.

Vietigheim, 29. Jan. (Vom Schwäb. Sängerbund.) Der Schillergau des Schwäb. Sängerbunds hielt hier seinen ersten Gantag ab. Der Gauvorstand, Rechnungsrat Wirth-Ludwigsburg, gedachte der Verstorbenen, besonders auch des letzten Königs, dem die Sänger des Umland- und Schillergaus den letzten Liedgruß darbrachten. Der Gau umfaßt nun 30 Vereine mit 1500 Sängern und steht unter der Leitung des Gaubirgerenten Arnold-Ludwigsburg. Stadtpfleger Kops-Marbach berichtete über den guten Stand der Kasse. Der erste Sängertag des Gaus soll heuer in Sachnung stattfinden. In den Ausschluß wurden hinzugewählt: Stadtpfleger Häußler-Feuerbach, Oberlehrer Herrmann-Vietigheim und Zimmermeister Lochenmann-Balingen a. G.

Heilbronn, 29. Jan. (Milchzentrale Stiftung.) In dem Hintergebäude des Wilhelmshaus wurde eine Milchzentrale errichtet, die einen Gesamtaufwand von 440 000 M. erfordert. Die Landesversorgungsstelle bewilligte einen Zuschuß von 60 000 M. — Die Familie des verstorbenen Fabrikanten Landauer hat der Stadtverwaltung 20 000 M. zu Gunsten Bedürftiger überwiesen.

Wegen die Hodersteuer. Das Heilbronner städt. Nachrichtenamt erklärt die Erhebung der Hodersteuer für unmoralisch und gegen die guten Sitten verstoßend, weil die Steuer aus der Vergütungspflicht und der Schlemmerie der Menschen Nutzen ziehen will. Sie sei tatsächlich ein Anreiz zum Gelddiebstahl.

Heilbronn, 29. Jan. (Handwerkammer.) In der letzten Sitzung der hiesigen Handwerkskammer wurde die Frage der unberechtigten Lehrlingshaltung behandelt, da eine ganze Anzahl Handwerker ohne Berechtigung Lehrlinge hält. Es soll in allen unberechtigten Fällen Strafantrag gestellt werden. Das Lehrvertragsformular wurde abgeändert, der Lehrling während der ersten drei Lehrjahre zum Schulbesuch verpflichtet und der Lehrherr zur Rückzahlung einer Anwartschaftsschuldung, sofern er nicht Kost und Wohnung gewährt.

Heilbronn, 29. Jan. (Todesurteil.) Im Juli 1915 überfiel der Zementarbeiter Hermann Kraut von Göttingen das Dienstmädchen Maria Widmaier aus Pfaffenhofen, das in Vietigheim für ihren Dienstherrn auf dem Fischerhof Milchgelber eingezogen hatte, in räuberischer Absicht beim Legerwald an der Straße Vietigheim-Thamm. Er tötete das Mädchen durch Bauch- und Nackenstiche und beraubte sie der Barockschmucke von 35,70 M. Das Schwurgericht verurteilte den Kraut nun zum Tode und zu dauerndem Ehrverlust.

Göppingen, 29. Jan. (Landesgeschlagelaustellung.) In der städt. Turnhalle wurde am Samstag die Landesgeschlagelaustellung des Vereins der Geschlagel- und Bogelreunde durch den Oberbürgermeister eröffnet. Die Ausstellung ist gut besucht.

Vermischtes.

193 000 Mark für ein rote sächsische Dreiermarken. Die Briefmarkenversteigerung im Künstlerhaus zu Berlin, an der sich namentlich auch das Ausland in hervorragender Weise beteiligte, erbrachte für einzelne Marken ganz erhebliche Preise. U. a. wurden für das Kabinettpaar Sachsen 3 Pfennig rot (Ausgabe 1850) 193 000 Mark erzielt.

Der Eisenbahnsteig. In der Familie Mensch, Homo sapiens L., muß man, wie die „Köln. Ztg.“ schreibt, eine neu entwickelte Spielart von dem Normalmenschlichen unterscheiden, nämlich den Homo insipiens ferrovianus, auf deutsch Eisenbahnsteig. Diese Art ist in allen sogenannten zivilisierten Ländern der Erde zu finden und hält sich in den Eisenbahnwagen, vorzugsweise 2. und 3. Klasse auf, selten in der 4. Klasse. Das Männchen dieser Gattung ist meist daran zu erkennen, daß es im Nichtraucherabteil raucht, die schmutzigen Stiefel auf die gegenüberliegende Bank, selbst wenn sie gepolstert ist, aufstößt, sobald nur eine Handbreit Raum dafür zu finden ist; auf die beschriebene Frage anderer Reisender, ob noch ein freier Platz im Abteil sei, gewöhnlich verniehmend antwortet, auch wenn es nicht stimmt; wegen jeder ihm unbenutzen Minute mit den Mitreisenden kraxelt und mit dem Schaffner schimpft: sich so breit wie nur irgend möglich hinzieht und, wenn es während der Fahrt schläft, unerschütterlich schnarcht. Finden sich mehrere Männchen von Homo insipiens ferrovianus in einem Abteil zusammen, so beschäftigen sie die nicht zu ihrer Gattung gehörigen andern entweder durch Stativepielen oder durch andauernde überlauten Unterhaltung. Das Weibchen dieser Gattung reißt entweder allein oder mit Kindern, steht bis zur Abfahrt des Zugs unerschütterlich am offenen Fenster und schnarcht mit ihrer draußen auf dem Bahnsteig stehenden Begleitung, ohne irgendwelche Rücksicht auf die Inhaber der beiden Endplätze zu nehmen, beneht es Licht, Luft und Bewegungsfreiheit nimmt; dann besetzt es den größten Teil des verfügbaren Raums mit einem Dugend größerer und kleinerer Gepäckstücke, läßt seine Jungen ohne Unterbrechung aufsteigen, im Abteil umherlaufen, sich wieder niederlegen und von neuem über die Köpfe der Mitreisenden haldern und beginnt schon nach der ersten Lokstation einen Teil seiner Gepäckstücke herunterzuholen, zu öffnen und Futter für seine Jungen und sich selbst, sowie Kissen, Decken, Spielzeug, Kämme, Reiselektüre und was sonst zum Haushalt gehört, heranzunehmen, sich zu frisieren und nach einiger Zeit alles wieder einzupacken. Reißt das Weibchen ohne eigene Jungen, so ist es oft von einem Kanarienvogel in einem Käfig oder einem Hündchen in einem gepolsterten Korb begleitet, welches alle Welt anbellt und mit Schopflobplätzen gefüttert wird. Der Naturforscher würde auch die auffallende Vermehrung der Gattung seit 1914 feststellen und eine interessante Untersuchung über die Gründe dafür vornehmen können.

Niefenschätze an merkwürdigen Orten. In Tasmanien wurde ein Weg gepflastert, und die Arbeiter bemerkten, daß die Steine, die sie dabei verwendeten, ein gelbliches Leuchten ausstrahlten. Zu ihrer Ueberraschung erkannten sie, daß es Gold war, und nun wurden die kostbaren Niefenschätze durch ein weniger wertvolles Material ersetzt. Auf ähnliche Weise sind auch anderwärts Niefenschätze an unerwarteten Stellen gefunden worden. Die Goldfelder von Santa Barbara in Kalifornien entdeckte man dadurch, daß keine Goldstücke in den Kröpfen von 30 getöteten Hühnern gefunden wurden. Schon viel Federvieh war vorher an dieser seltsamen Nahrung erstickt. In einem anderen Teil Kaliforniens suchten zwei Männer nach Gold, ohne das geringste zu finden, bis endlich der eine vor Ermattung und Enttäuschung starb. Als der andere dem Kameraden sein Grab grub, fand er einen Goldklumpen von 160 Pfund, den er für mehr als 7000 Pfund Sterling verkaufte. Die Goldfelder von Klondike wurden von einem mischblütigen Trapper entdeckt, der beim Auseinanderlösen des Holzes seines Lagerfeuers einen merkwürdigen gelben Glanz auf dem Boden bemerkte. Als er das seinen Freunden erzählte, begann man sofort zu graben, und es zeigte sich, daß jeder Klumpen Erde Gold enthält. Als bereits alles Gold und jede Hoffnung verloren war, förderte der letzte Schlag der Bilde eines Schachluchers die jabelhaften Reichthümer der Silbermine von Sonoma ans Licht, aus der man dann für 40 Millionen Pfund Sterling Silber gewann. Die Silberminen von St. Louis Potosi in Mexiko wurden von einem armen Geisteskranken gefunden, der sie zwei sich mählig durchbringenden Brüdern Polabo zeigte. Die romantischste Geschichte der Art aber ist die Entdeckung der südafrikanischen Diamanten. Im Jahre 1867 blieb ein gewisser John O'Neil über Nacht bei einem Farmer namens van Riekerd. Er sah Kinder mit häßlichen Steinen spielen, die sie im Fluß gefunden hatten und meinte: „Die sehen ja aus wie Diamanten“. Der Farmer lachte über den Witz, O'Neil aber nahm einen der Steine mit und brachte ihn nach Kapstadt, wo er als ein Diamant von 2 1/2 Karat festgestellt wurde und O'Neil 600 Pfund Sterling dafür erhielt. Damit war die Aufmerksamkeit auf die großen Diamantenschätze Südafrikas gelenkt.

Stück im Stall. Der Landwirt J. Kühner in Bottenheim O.A. Bradenheim erlebte die Freude, daß ihm drei Kühe sechs Kübber brachten, die erste 1, die zweite 2, die dritte 3.

Lohnforderungen des Scharfrichters. Der in Ludenbürg bei Mannheim wohnende badische Scharfrichter hat dem bad. Justizministerium erklärt, daß er nach dem bisherigen Lohnsatz in Zukunft Hinrichtungen nicht mehr ausführen könne. Er ist damit in eine Lohnbewegung eingetreten, die voraussichtlich mit einer Bewilligung seiner Forderungen enden dürfte.

Die Mission in Kamerun. Das französische Gericht hat nach monatelangen Verhandlungen anerkannt, daß die Basler Mission eine schweizerische sei und daher die Beschlagnahme ihres Besitzes in Kamerun aufzuheben sei. Der ganze Missionsbesitz wurde dem Herrn Allegret, Vertreter der Pariser Mission, die die Mission in Kamerun im Einvernehmen mit Basel fortzuführen versucht, zur Verfügung gestellt.

Handel und Verkehr.

Der Goldankauf der Reichsbank und der Post für das Reich haben bisher etwa 25 Mill. Goldmark erbracht.

Die Beratung des Branntweinmonopolgesetzes. Der Reichstagsausschuß für Branntweinmonopol hat den in Regierungsentwurf vorgedruckten Verpflanzungszwang in Klischen abgelehnt. Paragraf 47 bleibt jedoch mit der Maßgabe bestehen, daß sich der Verpflanzungszwang nicht auf Trinkbranntwein, sondern auf die sonstigen Erzeugnisse bezieht. An die Stelle des Verpflanzungszwangs treten die Bestimmungen des Par. 100, nach dem im Inland Trinkbranntwein nur unter Kennzeichnung des Weingeistgehalts in den Lieferungen in Behältnissen von mehr als ein Liter Inhalt auf der Rechnung, bei Lieferung in Behältnissen bis zu einem Liter Inhalt auf dem Klischenfeld zu erfolgen. Im Ausland dürfen Rum, Arrak, Weinbrand, Kognak und Obstbranntwein sowie Verschnittedonau und Strichbier nur mit einem Weingeistgehalt von mindestens 38 Raumhundertteilen, sonstige Trinkbranntweine nur mit einem Weingeistgehalt von mindestens 35 Raumhundertteilen in den Verkehe gebracht werden.

Freiburg, 29. Jan. Wie die Zeitschrift des Weinbauinstituts hier mitteilt, soll im Sommer d. J. in Freiburg i. B. ein deutscher Weinbaukongress stattfinden.

Munderlingen, 28. Jan. Dem Jahrmarkt wurden zugewiesen: 28 Pferde, 47 Fohlen, 64 Ochsen, 15 Kühe, 62 Kalbku, 88 Jungkinder, 13 Mutterkühe, 7 Färschwaine, 352 Milchschweine. Verkaufte wurden: 7 Pferde, 23 Fohlen, 14 Ochsen, 5 Kühe, 61 Kalbku, 38 Jungkinder, 8 Mutterkühe, 7 Färschwaine, 337 Milchschweine. Erloß wurden für Pferde 5000—25 000 M., Fohlen 4200—14 000 M., Ochsen 2800 bis 15 000 M., Kühe 6000—8200 M., Kalbku 4800 bis 15 200 M., Jungkinder: 1300—4500 M., Mutterkühe 2500—3500 M., Färschwaine 400—600 M., Milchschweine 200—350 M. je das Stück. Der Gesamtumsatz beträgt rund 1 360 000 M.

Wangen, 29. Jan. (Fruchtfranne.) In den vier Markttagen im Januar wurden zugewiesen: 8 Jte. Dinkel (Weisen), Erloß 2074.90 M., Durchschnittspreis 260 M. pro Jtr., 8 Jtr. Haber, Erloß 2048.80 M., Durchschnittspreis 290 M.

